

Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Inneres (6. Ausschuß)

über den von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Entwurf für eine

Verordnung Nr./63/Euratom, Nr./63/EWG zur Änderung der Berichtigungskoeffizienten für die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten

sowie über die Vorschläge der Kommission der EAG für eine Verordnung Nr./63 (EAG) zur Änderung der Verordnung Nr. 6/63 des Rats der EAG

und für eine

Verordnung Nr./63/Euratom, Nr./63/EWG zur Änderung der Verordnung Nr. 6/63/Euratom, Nr. 101/63/EWG der Räte

— Drucksache IV/1755 —

Berichterstatter:
Abgeordneter Anders

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Gegen die beabsichtigte Erhöhung der Dienstbezüge bestehen insoweit keine Bedenken, als in der Berichtszeit eine erhebliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten eingetreten ist; wegen der besonderen Verhältnisse in einzelnen Ländern wird auf die Möglichkeit einer kurzfristigen Berichtigung gemäß Artikel 65 Nr. 2 des Statuts der Beamten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft hingewiesen.
2. Von den Verordnungen, die eine Übergangsregelung für die in Ispra tätigen Bediensteten enthält, wird zustimmend Kenntnis genommen.

Bonn, den 12. Dezember 1963

Der Ausschuß für Inneres

Schmitt-Vockenhausen
Vorsitzender

Anders
Berichterstatter

angenommen in der 103. Plenarsitzung am 13. Dezember 1963